

Alexander Moosbrugger, Stadtvertreter in Bregenz, wurde bei den NEOS ausgeschlossen. Er sitzt aber weiter für die Fraktion „NEOS Plus“ im Gremium.



Foto: Maurice Shourrot

Ausschluss bestätigt

Auch NEOS-Schiedsgericht sieht parteischädigendes Verhalten.

Alexander Moosbrugger und Anwalt Ludwig Weh verstehen die Welt nicht mehr. „Alexander hat die Ortsgruppe aufgebaut, jetzt wird er ohne Anhörung und mit einer hanebüchenen Erklärung hinausgeworfen“, ärgert sich Weh. Begründet hatten die NEOS den Rauswurf mit parteischädigendem Verhalten. Moosbrugger hätte sich nicht an die internen Spielregeln gehalten, die Kommunikation nicht abgestimmt und auch Eingaben an die Behörden „im Alleingang“ unternehmen.

In der Tat hatte Moosbrugger, der Vorsitzender des Prüfungsausschusses der Stadt Bregenz ist, bei der Staatsanwaltschaft Feldkirch eine Anzeige wegen vermeintlicher Veruntreuung gegen die Kulturamtsleiterin eingebracht. Nach Ansicht der Vorarlberger NEOS und des Schiedsgerichts wäre dafür eine Zustimmung durch den Bundesvorstand nötig gewesen. Erschwerend sei hinzugekommen, dass

durch weitere Eingaben versucht wurde, die Einstellung des Verfahrens gegen die Kulturamtsleiterin zu bekämpfen. Alles Aktionen, die dem Ansehen der Partei schwer schaden, befanden die Zuständigen des Schiedsgerichts.

Moosbrugger und sein Anwalt sehen dies freilich anders. „Die Vorfälle haben sich erst nach dem Ausschluss ereignet. Zudem muss ich als Ausschussvorsitzender eine Anzeige erstellen, sobald ein Verdacht vorliegt“, verteidigt sich Moosbrugger.

Ob die beiden das Urteil des Schiedsgerichts hinnehmen ist offen. „Ich würde mich gerne weiter politisch engagieren – und dies nicht als jemand, der hinausgeworfen wurde.“

Für die NEOS ist das Kapitel hingegen beendet. „Wie zu erwarten, hat das Schiedsgericht den Ausschluss wegen massivem parteischädlichem Verhalten bestätigt“, hieß es von Michael Sagmeister, Faktionsobmann der Pinken.

Nachlässiger

Ein miserables Zeugnis stellte Brigitte Eggler-Bargehr dem Land in Sachen externe Beratungsleistungen aus. Aufträge wurden mündlich vergeben, erst Monate später abgesegnet. Kosten liefen völlig aus dem Ruder.

Sieben Einzelprojekte mit einem Gesamtauftragsvolumen von rund einer Million Euro hatten sich Brigitte Eggler-Bargehr und ihre Prüfer herausgepickt, um zu schauen, wie sorgsam die Zuständigen der Abteilungen des Landes mit Steuergeldern umgehen. Das traurige Ergebnis: Zu viele der Aufträge wurden mit zu wenig Sorgfalt in der Auftragsvorbereitung durchgeführt. Oftmals gab es nur mündlich Absprachen, Verträge ließen viel Interpretationsspielraum offen. Dies und mangelnde Kostenkontrolle führten bisweilen zu deutlich höheren Leistungen als ursprünglich angenommen. „Die Professionalität sowohl in der Beschaffung als auch in der Abwicklung ist deutlich zu erhöhen - hier sehen wir Handlungsbedarf“, resümierte die Direktorin des Landesrechnungshofes. Und fügte etwas süffisant hinzu: „Den Bedarf hat das Land offensichtlich auch schnell erkannt. Darum gibt es seit Dienstag neue Richtlinien.“

126.000 Euro-Konzept bei Veranstaltung vergeben

Besonders missfiel Eggler-Bargehr die Konzepterstellung für einen neuen Schlachthof. Dies hatte der zuständige Landesrat Christian Gantner kurzerhand mündlich auf einer Veranstaltung erteilt, nachdem ihn ein pensionierter Fachmann angesprochen hatte. Ein schriftliches Angebot gab es eben-



Foto: Mathis Fotografie

Die Antwort, warum es eine neue Richtlinie über Beratungsleistungen gibt, ist im Rechnungshofbericht zu finden.

Brigitte Eggler-Bargehr

so wenig, wie einen konkreten Auftragsgegenstand oder Auftragswert. Auch die Fachabteilung wurde erst nachträglich eingebunden. Statt maximal 10.000 fielen letztlich 126.000 Euro an Kosten an – und dies für ein Konzept, das in der Tonne landete. Oder wie Eggler-Bargehr es netter ausdrückt: „Das Ergebnis war nur eingeschränkt verwendbar, denn das Land zog wesentliche Annahmen des Konzepts Vorarlberger Fleischwerkstatt in Zweifel.“

Nicht viel besser als der Landesrat kamen beim Rechnungshofbericht jene Landesbedienstete davon, die eine Agentur beauftragt hatten, das Thema „Marke Vorarlberg“ zu begleiten. Die Agentur hätte bei der Ausschreibung gar nicht

Umgang mit Steuergeldern

Foto: mathis.studio



Ein Konzept für die Nutzung des ehemaligen Schlachthofs in Dornbirn kostete statt maximal 10.000 plötzlich 126.000 Euro. Bitter für die Steuerzahler: Das Konzept war nicht brauchbar.

berücksichtigt werden dürfen, da das Kostenlimit überschritten worden war. Das fiel aber offenbar niemanden auf. Der Auftrag wurde mündlich vergeben und erst drei Monate später von den Mitgliedern der Landesregierung abgesegnet.

Das Steuergeld erst einmal verteilen, das grüne Licht wird schon kommen – lautete offenbar die Divise im Landhaus. „Eine mündliche Beauftragung ohne Regierungsbeschluss gab es öfter“, sagte Eggler-Bargehr.

Aus dem Ruder laufende Kosten scheinen ebenso wenig zu kümmern. Negativer Spitzenreiter sind jene, die das Projekt „Gehaltsreform“ in Auftrag gegeben haben. Statt 89.000 wurden schließlich 195.000 Euro gezahlt – fein, wenn es nicht das eigene Geld ist . . .



Foto: SoS

Fünf der sieben geprüften Leistungen waren teurer als geplant.

Der Prüfbericht belegt einen völlig skandalösen und verantwortungslosen Umgang der schwarz-grünen Landesregierung mit Steuergeld. Als Obmann des Kontrollausschusses fordere ich die volle Aufklärung von den Regierungsmitgliedern.

Daniel Allgäuer, FPÖ

Kein Unternehmen in Österreich kann sich so eine chaotische Handlungsweise leisten. Es handelt sich um Dinge, die zu den Grundlagen der Unternehmensführung gehören. Was hier jedoch abgeliefert wurde, ist an Dilettantismus kaum mehr zu übertreffen.

Manuela Auer, SPÖ

Der Prüfbericht des Rechnungshofes legt nicht nur dar, dass offenbar Aufträge von 125.000 Euro nur hemdsärmelig auf Veranstaltungen vergeben wurden, sondern beinahe alle geprüften Aufträge – trotz hoher Beträge – grundlegende Mängel aufweisen.

Sabine Scheffknecht, NEOS

195.100

EURO

wurden letztlich für das Projekt „Gehaltsreform“ ausgegeben. Damit waren die Kosten mehr als doppelt so hoch wie die von der Landesregierung abgesegnete Summe von 89.000 Euro.